

Diese Kleidung tötet

Billigproduktion in der Kleidungsindustrie kostet Tausende Näherinnen das Leben. Wir brauchen weltweit einklagbare Menschenrechtsstandards jetzt!

Am 24. April 2013 stürzte die Textilfabrik Rana Plaza in Bangladeshs Hauptstadt Dhaka ein. 1135 Menschen starben, 2438 wurden verletzt. Seither wissen wir alle, dass die internationale Mode- und Textilbranche in der Ausbeutung ihrer Arbeiter*innen buchstäblich über Leichen geht. Die beteiligten deutschen Unternehmen bilden da keine Ausnahme.

Natürlich kommen nicht alle Arbeiter*innen bei Großbränden oder Gebäudeeinstürzen ums Leben. So arbeiten in den mehr als 5000 Textilfabriken des Landes, geschätzt vier Millionen Menschen. Die meisten von ihnen sind junge Frauen. Sie arbeiten sechs Tage die Woche bis zu 14 Stunden und verdienen im Durchschnitt gerade einmal zwei Dollar täglich und sind dazu oft sexueller Belästigung ausgesetzt.

Deutsche Textilfirmen sind mitverantwortlich

Die meisten dieser Menschen sind nach Dhaka gekommen, weil sie auf dem Land keine Überlebenseperspektive mehr hatten. Unter solchen Bedingungen eine Anstellung in einer Textilfabrik zu finden, heißt für sie, schon ans Ziel dessen gekommen zu sein, was für sie irgend erreichbar war. Deshalb, nur deshalb nehmen sie die Plackerei in Kauf. Diese unmenschlichen Arbeitsbedingungen machen billige Kleidung in Deutschland erst möglich und sorgen dafür, dass die Kleidungsbranche nach Le-



bensmitteln die zweitgrößte Konsumgüterbranche hierzulande ist. Das Geschäftsmodell der schnell wechselnden billigen Mode von Primark, H&M und Co. würde ohne diese Toten nicht funktionieren. 65 Prozent der in Deutschland konsumierten Textilwaren werden von großen Handelshäusern wie H&M, KiK oder C&A importiert.



Auch nach Katastrophen wie dem Einsturz von Rana Plaza kommen diese Textilgiganten der moralischen Pflicht zur Entschädigung nur ungenügend nach, da es keine ausreichenden rechtlichen Verpflichtungen gibt. Von den neun deutschen Unternehmen, die in Rana Plaza produzieren ließen, haben nur zwei Firmen Entschädigungsgelder in Höhe von lediglich 1,6 Millionen US-Dollar gezahlt.

Wir brauchen gesetzliche Regelungen

Rana Plaza hat auch die deutsche Politik bewegt. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller initiierte 2014 das „Bündnis für nachhaltige Textilien“, dessen Website seither behauptet, „sozial und ökologisch auf dem Weg zu sein“. Mit von der Partie sind rund 120 sog. „Akteursgruppen“: Vertreter*innen u.a. der Bundesregierung, der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. So weit, so gut. Was die

Initiative allerdings scheut wie der Teufel das Weihwasser, sind – gesetzliche Regelungen. Trotz der angestrebten „Verbindlichkeit“ und „Nachprüfbarkeit“ soll es bei freiwilligen Selbstverpflichtungen bleiben. Mit seinem Vorstoß zu einem verbindlichen Gesetz konnte sich der Minister, der von seinem Kollegen, Arbeitsminister Hubertus Heil, unterstützt wurde, im Frühjahr nicht durchsetzen. Kanzleramt und Wirtschaftsminister Altmeier waren strikt dagegen.

Ebenso mauert die Bundesregierung bei den UN-Verhandlungen zum sogenannten „Binding Treaty“. Er soll sicherstellen, dass Unternehmen auch gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte und internationaler Kooperation verpflichtet werden und dass den von Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferketten Betroffenen der vollumfängliche Rechtsschutz auch in den Herkunftsländern transnationaler Konzerne gewährt wird, und letztlich auch durch die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Mehr Infos: attac.de/binding-treaty



attac

AG Welthandel

V.i.S.d.P.: Jakob Migenda
c/o Attac Deutschland
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt am Main